



Nr.44| 16.11.2015



Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Parteifreundinnen,  
liebe Parteifreunde,

in der neuesten Ausgabe meines Berichts aus Berlin informiere ich sie wieder über die aktuellen politischen Geschehnisse aus Berlin. Gleich zu Anfang erinnere ich an das 60-jährige Bestehen der Bundeswehr und lade Sie ein, in diesen Tagen an die Gefallenen und Verwundeten unserer Parlamentsarmee zu gedenken. Wie gewohnt gebe ich Ihnen auch in dieser Woche wieder einen Überblick über meinen Einsatz für Mannheim.

Es grüßt Sie sehr herzlich

Ihr

**HEUTE LESEN SIE IM BERICHT AUS  
BERLIN:**

1. 60 Jahre Bundeswehr
2. NSU: 3. Untersuchungsausschuss
3. Pflegestärkungsgesetz
4. Internationale Missionen der Bundeswehr
5. Umsetzung der EU-Mobilitätsrichtlinie

## **1. 60 Jahre Bundeswehr**

In der vergangenen Woche jährt sich zum sechzigsten Mal die Gründung unserer Bundeswehr. Aus diesem feierlichen Anlaß fand am 11. November, einem der geschichtsträchtigen Tage für die Deutsche Geschichte, ein Großer Zapfenstreich vor dem Reichstagsgebäude statt. Viele große Namen der Union verbinden sich mit der Bundeswehr, darunter zahlreiche Verteidigungsminister, die aus unseren Reihen kamen. Sie alle haben unsere Streitkräfte entscheidend mitgeprägt. Die Bundeswehr ist eine Armee von Bürgern für Bürger. Damit unterscheidet sie sich – genau wie mit dem Leitbild des Staatsbürgers in Uniform – von allen bisherigen deutschen Armeen. In den Jahrzehnten der Ost-West-Konfrontation haben Millionen von Wehrpflichtigen und Berufssoldaten, aber auch Zivilbedienstete in ihr ihren Beitrag dazu geleistet, daß Freiheit und Frieden erhalten blieben und damit auch einen wesentlichen sicherheitspolitischen Grundstein für die Deutsche Einheit gelegt. Zur Zeit der Wiedervereinigung sowie der Integration von Teilen der NVA wurde Neuland beschritten und Vorbildliches geleistet. In Folge der seit 1990 veränderten Sicherheitslage wird die Bundeswehr seit über zwanzig Jahren bei zahlreichen friedenserhaltenden und – sichernden Maßnahmen außerhalb Deutschlands weltweit eingesetzt. Ein weiterer Meilenstein war die Öffnung unserer Streitkräfte für Frauen. Einen Umbruch erlebte die Bundeswehr mit dem Aussetzen der Wehrpflicht. All diese Veränderungen haben zahlreiche Reformen erforderlich gemacht, die für die Betroffenen häufig mit erheblichen Umstellungen im beruflichen und privaten Bereich verbunden sind. Weitere neue Herausforderungen ergeben sich für die Bundeswehr im Rahmen der Flüchtlingshilfe. Die CDU/CSU ist stolz auf unsere Parlamentsarmee und dankbar dafür, was sie leistet und geleistet hat. Unser Dank gilt aber auch den Familien der Soldaten und den Beschäftigten.

Ich verneige mich vor denjenigen, die in der Bundeswehr im Dienst oder an Spätfolgen für unser Land starben oder verletzt wurden.

## **2. Einsetzung des 3. NSU-Untersuchungsausschusses**

Mit Zustimmung aller Fraktionen wurde in der vergangenen Woche vom Deutschen Bundestag der 3. Untersuchungsausschuss eingesetzt, der sich mit noch offenen Fragen des NSU-Komplexes befassen wird. Die Arbeit des NSU-Untersuchungsausschusses im Bundestag in der vergangenen Legislaturperiode, die Arbeit von fünf Untersuchungsausschüssen in Landtagen und der Prozeß vor dem Oberlandesgericht München haben Fragen zutage gefördert, die noch nicht beantwortet sind. Zur Beantwortung der noch ausstehenden Fragen ist ein weiterer Untersuchungsausschuß erforderlich, um umfassend aus parlamentarischer Sicht das Treiben dieses Terrortrios und die entsprechende Arbeit der Behörden aufzuklären. Wie in der vergangenen Legislaturperiode wird auch dieser dritte Untersuchungsausschuß fraktionsübergreifend eingesetzt.

### **3. Zweites Pflegestärkungsgesetz**

In zweiter und dritter Lesung beschloß der Deutsche Bundestag das Zweite Pflegestärkungsgesetz. Dadurch wird ein maßgeblicher Bestandteil des Koalitionsvertrags im Bereich Gesundheit und Pflege umgesetzt. Die Pflegeversicherung und die pflegerische Versorgung sollen durch einen neuen Bedürftigkeitsbegriff und ein neues Begutachtungsinstrument auf eine neue Grundlage gestellt werden. In Zukunft fließen damit alle Einschränkungen – körperliche, geistige und psychische – in die Pflegeeinstufung ein. Außerdem sollen sämtliche Beratungsleistungen im Bereich der Pflegeversicherung sowie die rentenrechtliche Absicherung pflegender Angehöriger verbessert werden. Der Grundsatz „Rehabilitation vor Pflege“ wird so gestärkt, genauso wie der „Pflege-TÜV“, der institutionell und inhaltlich auf eine neue Grundlage gestellt wird. So wird mehr Transparenz für die Angehörigen erreicht und die Ergebnisqualität des „Pflege-TÜVs“ in den Vordergrund gerückt.

### **4. Internationale Missionen der Bundeswehr**

Der Deutsche Bundestag hat in der vergangenen Woche sowohl die Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der von den Vereinten Nationen geführten Friedensmission in Südsudan (UNMISS) als auch an der AU/UN-Hybrid-Operation in Darfur (UNAMID) in namentlicher Abstimmung beschlossen.

#### ***UNMISS/Südsudan***

Vier Jahre nach seiner Unabhängigkeit steht der Südsudan weiterhin vor massiven Herausforderungen. Bei deren Bewältigung bleibt das Land auf die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft angewiesen. Der deutsche militärische Beitrag für UNMISS soll weiterhin die Beteiligung von Einzelpersonen in Führungsstäben und Hauptquartieren der Mission, Personal zur Wahrnehmung von Verbindungs-, Beratungs- und Beobachteraufgaben sowie eine temporäre technische Ausrüstungs- und Ausbildungshilfe von Angehörigen der Vereinten Nationen im UNMISS-Hauptquartier sein. Der Personaleinsatz soll bis zu fünfzig Soldaten betragen. Darüber hinaus können bis zu zwanzig deutsche Polizisten in der Mission eingesetzt werden. Gegenwärtig sind fünfzehn deutsche Soldaten vor Ort. Der Beschluß sieht eine Verlängerung des Einsatzes um ein weiteres Jahr bis zum 31.12.2016 vor.

#### ***UNAMID/Darfur***

Die Lage in der Region Darfur ist weiterhin angespannt und instabil. Die andauernden bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Regierung, Rebellengruppen, Milizen und ethnischen Gruppen sowie die hohe Kriminalität belasten die prekäre humanitäre Lage der Zivilbevölkerung zusätzlich. UNAMID bleibt deshalb bis auf weiteres als stabilisierendes Element zur Verbesserung der Sicherheitslage in Darfur und zur Begleitung der politischen Bemühungen um ein Ende der dortigen Krise unverzichtbar. Deshalb hat der Sicherheitsrat der VN am 29. Juni 2015 mit Resolution 2228 (2015) das Mandat von UNAMID für weitere zwölf Monate verlängert. Deutschland unterstützt die Mission bisher mit Stabspersonal im Hauptquartier, zuletzt mit sieben Soldaten.

## **5. Gesetz zur Umsetzung der Mobilitätsrichtlinie**

In zweiter und dritter Lesung hat der Deutsche Bundestag die Umsetzung der EU-Mobilitätsrichtlinie, die Freizügigkeit und den Arbeitnehmerwechsel erleichtern soll, beschlossen. Dank der Richtlinie wird der Erwerb und der Erhalt von Betriebsrentenansprüchen für Arbeitnehmer innerhalb der EU verbessert werden. Durch die Änderung von Betriebsrenten- und Einkommensteuergesetz profitieren dabei auch Arbeitnehmer im Inland: Die Unverfallbarkeitsfristen werden von fünf auf drei Jahre gesenkt und das zu vollendende Lebensalter für den Erwerb unverfallbarer Rentenansprüche von 25 auf 21 Jahre. Eine weitere Auswirkung der EU-Richtlinie wird der erleichterte Auskunftsanspruch von Arbeitnehmern sein.

*Gerne nehme ich Anregungen von Ihrer Seite auf. Schreiben Sie mir bitte nach Berlin oder rufen Sie mich an:*

*Prof. Dr. Egon Jüttner MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel. 030 / 227 – 722 91  
E-Mail: [egon.juettner@bundestag.de](mailto:egon.juettner@bundestag.de)  
Internet: [www.egon-juettner.de](http://www.egon-juettner.de)*